

# Gedanken zum neuen Jahr 2016

Von Ulrich Lardschneider

Gute Übung ist es, am Ende eines Jahres Rückblick zu halten und Ausschau auf das kommende zu nehmen, so als wäre das neue Jahr eine Chance auf einen Neubeginn mit der Zuversicht, dass sich das Leben zum Besseren wende. Indessen ist der Jahreswechsel nur eine vom ordnenden Menschen gemachte Zäsur im Ablauf der Zeit. Ein neues Jahr beginnt, wie das alte Jahr aufgehört hat. Der an- und abschwellige und wieder anschwellende Strom der Einwanderer nach Mittel- und Nordeuropa hält sich nicht an eine Jahreswende. Und zusehendst spaltet der unablässige Strom zum vermeintlichen Glück unser Land. Im streitigen Für und Wider versucht mancher, den Unionsparteien das „C“ im Namen abzusprechen und diese in die rechte Ecke zu stellen, um sich selbst als christlich-human zu stilisieren.

Nach dem Schrecken und Terror des „Dritten Reichs“ mit der Überhöhung des Volkes, zumal des arisch-germanischen, als Gegenstand staatlichen Handelns wollten sich die Gründer der Unionsparteien auf das christliche Menschenbild besinnen, darauf, daß der Mensch als Einzelperson und seine Würde sowie seine gottgegebenen unveräußerlichen Rechte gegen jeglichen Positivismus im Zentrum staatlichen Wirkens stehen, aber nicht im Sinne einer staatlich verordneten unbedingten Gleichsetzung mit Anspruch auf gleiches Glück und gleichen Wohlstand. Christsein ist dagegen eine sehr persönliche Entscheidung im Sinne der Nachfolge Christi auf ein jenseitiges Ziel, eine Nachfolge, die in vielerlei Weise möglich ist. In diesem Sinn ist die Caritas, die Nächstenliebe und Barmherzigkeit eine persönliche Entscheidung und keine staatliche Aufgabe. Sie kann vom Staat nicht seinen Bürgern abverlangt werden. Es gehört auch zur Caritas, den eigenen Nächsten, die eigene Gemeinschaft etwa durch eine unbegrenzte Willkommenskultur nicht zu überfordern. Jesus war kein Sozialrevolutionär, seine Welt ist nicht diesseitig, den Staat stellte er nicht in Frage. Er war nicht der erwartete Messias der Juden, der das jüdische Großreich König Davids auf Erden wieder errichten sollte.

Im Amtseid des Bundeskanzlers heißt es: „...., daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde“. Dieser Satz umschreibt den Kern seiner politischen Agenda. Dem sind im pluralistischen Staat die persönliche Ethik und der persönliche Glaube nachgeordnet und nicht Leitlinie seines politischen Handelns. Die Staatsräson erfordert es deshalb zuweilen, „ein unfreundliches Gesicht“ zu zeigen, auch wenn dies persönlich widerstreben sollte. Zur Wahrung des Grundgesetzes gehört es aber, die Menschenwürde jedes Einzelnen, auch des Gastes und von Migranten, zu wahren und zu verteidigen. Das bedeutet jedoch nicht die Verpflichtung, dass unser Land Millionen Fremde aus anderen Kulturen mit anderer Lebensweise, mit anderer Sozialisierung und anderen Sprachen immer und auf Dauer aufzunehmen hat, nur weil sie sich ein besseres Leben ersehnen. Es entspricht sicher nicht der Menschenwürde, Menschen auf überfüllten Seelenverkäufern und ungeeigneten Nusschalen über das Mittelmeer zu verfrachten, es ist nicht unbedingt menschenwürdig, Flüchtlinge durch Stacheldraht, Zäune und Mauern unter unhaltbaren Zuständen im Freien und in der Kälte an der Flucht zu hindern. Es widerspricht aber auch der Menschenwürde, Migranten durch ein „Wir schaffen das“ und ein „Willkommen“ zu veranlassen, sich auch weiterhin auf den Weg mit der Zuversicht zu machen, sie werden bei uns Arbeit und Wohnung und eine neue Heimat, eben ein besseres Leben finden. Es ist das Gerede von den aussterbenden Deutschen, der Wirtschaft von den vielen Arbeitsplätzen, die zum Nachteil unseres eigenen Wohlstands nicht besetzt werden können. Gleichfalls sind die Diskussion über und die Forderung nach Integration mit neuen Wohnbauprogrammen geeignet, Migranten in der Erwartung auf ein dauerhaftes Bleiben zu bestärken und dies für ein festes Versprechen zu halten. Das enttäuschende Gegenteil ist bald der Fall. Das versprochene „bessere Leben“ wird schnell zur Illusion. Sie werden

menschenunwürdig auf unbestimmte Zeit auf engstem Raum in Turnhallen und Tragflughalten untergebracht, wo kein auch nicht im Ansatz selbstbestimmtes Leben möglich ist, wo mit zunehmender Zeit Frust und Aggression entstehen, und was bald – wie gehabt – zu Demonstrationen, Hungerstreiks, Besetzungen im öffentlichen Raum führen wird. Auch wenn ein Migrant das Los zieht und Asyl erhält, ist sein Leidensweg in der Regel nicht zu Ende. Die Gemeinden sind verpflichtet, ihm Wohnung zu geben, wofür diese in angemessener Zeit zunehmend nicht im Stande sind. Wohncontainer und Baracken, leerstehende Fabrikhallen und Bürogebäude sind die dauerhaften Alternativen. Angemessene Arbeit wird nur ein Bruchteil in einem hochtechnisierten Land wie Deutschland mit entsprechenden Anforderungen an Ausbildung und Ausbildungsfähigkeit finden. Das große Heer der Geduldeten und nicht Geduldeten wird ebenfalls bleiben wollen und geht nur dann, wenn es woanders eine bessere Alternative und Aufnahmebereitschaft gibt. Verteilungskämpfe bei einem wirtschaftlichen Abschwung im normalen Wirtschaftszyklus sind programmiert. Bei einer Rezession werden sie die Ersten sein, die ihren Arbeitsplatz, so sie ihn hätten, verlieren. Es ist wahr, daß das Erlernen der deutschen Sprache und eine fundierte Ausbildung immer nützlich und notwendig, auch zwingend erforderlich sind, wenn Migranten längere Zeit in unserem Land bleiben. Nützlich, um zum Wohlstand ihrer eigenen Herkunftsländern beizutragen und beim Wiederaufbau zu helfen. Integration heißt aber auch Eingliederung in unser Land für immer, Wurzeln schlagen in einer neuen Heimat. Es ist deshalb eine Illusion der Bundeskanzlerin, Bürgerkriegsflüchtlinge könnten nach dem Ende der Kriege ohne weiteres in ihre Heimatländer zurückgeschickt werden. Wohnungsbau ist nur auf grüner Wiese am Ortsrand möglich. Ghettobildung ist die Folge. Verhältnisse wie in den Randzonen von Paris, in St. Denis, oder in Brüssel mit fehlenden Lebensperspektiven sind die Konsequenz. Nährboden für das Erstarken radikaler politischer Parteien und Lager!

Der Satz der Kanzlerin, „Asyl hat keine Obergrenze“ wird mit ehernen Lettern in Stein geschlagen. „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ heißt es in Art. 16a des Grundgesetzes. Der Anspruch auf Asyl ist ein Individualrecht. Mit dem Satz der Kanzlerin wird jedoch indiziert, dass bald 2 Millionen Einwanderer und mehr zumindest von politischer Verfolgung bedroht sind, dass Angehörige eines Landes von vorneherein als politisch verfolgt gelten, weil ihr Herkunftsland nicht den Vorstellungen politischer Akteure auf unserer öffentlichen Bühne einer freiheitlich-demokratischen Ordnung mit einem schwachen Staat entspricht. Oder es wird ein Asylgrund auf ein besseres Leben kreiert. Es trifft nicht zu, dass das Genfer Flüchtlingsabkommen die grenzenlose Aufnahme fordert. Nach diesem sind Flüchtlinge Personen, die sich aus der begründeten Furcht vor Verfolgung ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befinden, dessen Staatsangehörige sie sind. Dementsprechend erhält als Flüchtling nur Asyl gemäß § 3 Asylgesetz, der nach vorstehender Bestimmung des Flüchtlingsabkommen als Flüchtling definiert wird. Die Verfolgung muss so tiefgreifend sein, dass sie eine schwerwiegende Verletzung der grundlegenden Menschenrechte darstellt, zumindest der Rechte nach der Europäischen Menschenrechtskonvention, von denen eine Abweichung unzulässig ist (§ 3a Asylgesetz). Die Verfolgung kann ausgehen vom Heimatstaat selbst, von Parteien u.a., die den Staat beherrschen, oder von Dritten, wenn der Heimatstaat unfähig ist Schutz zu gewähren. Von Bürgerkriegsflüchtlingen ist weder in der Konvention noch im Grundgesetz noch im Asylgesetz die Rede.

Allein ein Blick in Gesetze ist ausreichend. Eines Gutachtens ehemaliger Verfassungsrichter bedarf es nicht. Bereits der Amtseid des Bundeskanzlers genügt: die Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden. Nach § 18 Asylgesetz hat die Grenzpolizei Ausländern die Einreise zu verweigern, wenn sie aus einem sicheren Drittstaat kommen, zu dem alle Länder der Europäischen Union zählen, ohne dass es der Prüfung eines Asylantrags bedarf. Ein Ausländer ist von der Grenzpolizei zurückzuschieben, wenn er nach einer unerlaubten Einreise in Grenznähe angetroffen wird. Ein Asylantrag ist von vorneherein unbegründet, wenn die Voraussetzungen für die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft offensichtlich nicht vorliegen, wenn nach den

Umständen des Einzelfalls eine Person sich nur aus wirtschaftlichen Gründen oder um einer allgemeinen Notsituation zu entgehen hier aufhält. Schließlich ist ihr Asylantrag sofort abzuweisen, wenn sie aus einem Land stammt, in welchem es auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, dass weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet (Art 16a Abs.3 Grundgesetz). Weshalb Bedenken gegen die Aufnahme der Maghrebstaaten in die Liste neben den Balkanstaaten bestehen, erschließt sich nicht. Ein Studium des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 14.5.1996 ist zu empfehlen. Dass einem Ausländer aus einem solchen Staat im Einzelfall abweichend von der allgemeinen Lage im Herkunftsland politische Verfolgung droht, hindert nicht die Aufnahme in die Liste der sicheren Herkunftsstaaten.

Europa ist nicht solidarisch. Warum sollen die Mitgliedsländer Einwanderer aufnehmen, nur weil Deutschland über Gesetz und Recht hinweg sich weltoffen zeigt und die Migranten aller Welt willkommen heißt. Wer erklärt, Asyl in Deutschland zu beantragen, wird gerne durchgewunken. Europas Außengrenzen zu schützen, bedeutet nichts anderes als unsere Verantwortung auf die Grenzstaaten der Union abzuschieben und ihnen die Entscheidung über den Flüchtlingsstatus nach der Genfer Konvention zuzumuten sowie die Abweisung unerwünschter Wirtschaftflüchtlinge zu meistern.

Noch ein solcher Satz: Einwanderung stellt eine Bereicherung dar. Wir müssen uns verändern. Ich möchte mich nicht verändern. Ich möchte die Kultur meines Landes bewahren und bekenne mich zu seiner Geschichte, in hellen und in dunklen Zeiten.